

5. Kantonspolizei: Vertrauen in die Polizei stärken!

Postulat Mandy Abou Shoak (SP, Zürich), Sabine Arnold (Grüne, Zürich), Lisa Letnansky (AL, Zürich) vom 15. September 2025

KR-Nr. 287/2025, RRB-Nr. 1062/22. Oktober 2025 (Stellungnahme)

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat beantragt, das Postulat nicht zu überweisen.

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich): Als Präsidentin der FIZ (*Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration*) bin ich regelmässig im Austausch mit der Polizei. Die Zusammenarbeit ist eng, sie ist vertrauensvoll und sie ist konstruktiv. Aus meiner Arbeit gegen Gewalt an Frauen weiss ich: Polizistinnen und Polizisten sind oft die Ersten, die in einer Krisensituation entscheidende Hilfe leisten. Ja, in ausserordentlichen Situationen leisten Polizistinnen und Polizisten sehr wichtige Arbeit. Gerade deshalb tragen wir alle, Polizei wie auch Parlament, eine besondere Verantwortung. Wir müssen alles dafür tun, um Vertrauen zu schaffen, denn Vertrauen ist kein Selbstläufer. Vertrauen entsteht dort, wo Institutionen zeigen, dass sie bereit sind, hinzuschauen; nicht nur hinzuschauen, auch zu lernen, um sich zu verbessern.

Die Ereignisse in Lausanne haben uns schmerzlich vor Augen geführt, wie fragil Vertrauen ist: mehr als 50 Polizisten, tausende rassistische, frauenverachtende und homophobe Nachrichten, Bilder, Sprüche und Kommentare. Das sind keine Randnotizen, das sind Warnsignale. Warnsignale dafür, dass sich in geschlossenen Strukturen Haltungen einschleichen können, die gefährlich sind und unseren Rechtsstaat aushöhlen, dann nämlich, wenn Aufsicht, dann, wenn Kultur und Transparenz nicht gepflegt werden. Vor wenigen Monaten hat das Fedpol (*Bundesamt für Polizei*) reagiert und die Hautfarbe aus dem Fahndungsregister RIPO (*automatisiertes Polizeifahndungssystem*) gestrichen. Hautfarbe als Fahndungsmerkmal sei unpräzise und werde kaum mehr genutzt. Das ist mehr als eine technische Anpassung, das ist eine politische Aussage, denn wir verabschieden uns damit von Kategorien, die Menschen nicht schützen, sondern markieren. Gleichzeitig hält der Europarat im Fall «Wa Baile versus Schweiz» nüchtern fest: Die strukturellen Ursachen diskriminierender Polizeikontrollen sind weiterhin ungenügend adressiert. Und das ist kein Angriff auf einzelne Polizistinnen und Polizisten, das ist ein Hinweis darauf, dass unser Rechtsstaat noch Hausaufgaben hat. Ich sage das nicht, um Misstrauen zu schüren, ich sage das, weil Vertrauen dort entsteht, wo wir bereit sind, hinzusehen. Die Regierung verweist in ihrer Antwort auf hohe Vertrauenswerte. Diese Zahlen stimmen, sie sind wichtig, aber sie erzählen nicht die ganze Geschichte. Vertrauen ist nicht nur ein statistischer Wert, Vertrauen ist ein Verhältnis, und dieses Verhältnis sieht für verschiedene Menschen sehr unterschiedlich aus. Ja, viele Menschen in diesem Kanton vertrauen der Polizei, sie vertrauen ihr stark, aber andere – und das wissen wir auch aus Studien, aus Erfahrungen, von Beratungsstellen – tun es weniger; nicht, weil sie

nicht wollen, sondern weil sie es aufgrund ihrer Erfahrungen nicht können. Deshalb lautet die zentrale Frage nicht, wie hoch das Vertrauen im Durchschnitt ist, sondern wie gerecht und wie breit dieses Vertrauen verteilt ist. Wessen Vertrauen messen wir und wessen Vertrauen sehen wir nicht? Das ist die sicherheitspolitische Schlüsselfrage. Sicherheit ist kein Mehrheitsgut und Vertrauen schon gar nicht. Herr Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*), dieses Postulat ist ein Angebot, ein Angebot, die Kantonspolizei institutionell zu stärken, nicht durch Kritik, sondern durch Klarheit, denn starke Institutionen erkennt man daran, dass sie Kontrolle nicht fürchten, sondern das als Teil ihrer Qualität verstehen.

Wir sind nicht Lausanne, aber wir wollen auch nicht Lausanne werden, und wir wissen aus der Erfahrung vieler Systeme, vieler Branchen und vieler Länder: Missstände entstehen selten plötzlich. Sie schleichen sich ein in Routinen, in Kulturen, in Loyalitäten. Sie entstehen dort, wo Fehler nicht sichtbar werden dürfen, statt sie sichtbar zu machen und sie zu verarbeiten. Darum brauchen wir Strukturen zur Früherkennung, darum brauchen wir eine unabhängige Beschwerdestelle, darum brauchen wir belastbare Weiterbildungen, darum brauchen wir Monitoring. Nicht weil wir blind misstrauen, sondern weil wir verantwortungsvoll vertrauen wollen. Denn Vertrauen ohne Kontrolle ist keine Stärke, Vertrauen ohne Kontrolle ist Hoffnung, und Hoffnung ersetzt keinen Rechtsstaat. Lasst uns eine Polizei gestalten, die stark ist, weil sie sich der Kontrolle nicht entzieht, die vertrauenswürdig ist, weil sie Verantwortung übernimmt, und die allen Menschen in diesem Kanton Sicherheit gibt, nicht nur einigen. Ich danke euch.

Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf): Die SVP/EDU-Fraktion stellt fest: Wir sind im Kanton Zürich, und Lausanne liegt im Kanton Waadt. Gerne zitiere ich eine Studie, nämlich die Sicherheitsstudie 2025. Diese Studie der ETH weist der Polizei einen Vertrauenswert von 7,8 zu, deutlich höher als Medien oder politische Parteien. Befragungen von Betroffenen zeigen zudem regelmässig Zufriedenheitswerte zwischen 86 und 98 Prozent.

Das Postulat der SP, Grünen und AL suggeriert, die Polizei halte sich nicht an Grundrechte, diskriminiere oder betreibe systematisch Racial Profiling. Das ist eine Unterstellung und entspricht nicht der Realität. Mit solchen Forderungen wird Misstrauen geschürt und die Polizei unter Generalverdacht gestellt. Genau das schwächt das Vertrauen, statt es zu stärken. Die Fakten sind klar: Die Ausbildung ist solide und umfassend, von Community Policing über Ethik und Menschenrechte bis zur interkulturellen Kompetenz. Die Kantonspolizei lebt eine offene Führungskultur, ahndet Verfehlungen konsequent und verfügt über klare Kontroll- und Beschwerdeinstitutionen. Ich spreche hier vom Ombudsmann (*Jürg Trachsel*), der Zürcher Anlaufstelle für Rassismus und von internen Verfahren. Rassismus hat bei der Kantonspolizei keinen Platz, das ist Leitbild und gelebte Praxis. Wer zusätzliche Pflichtprogramme fordert, stellt indirekt infrage, dass die Polizei ihre Pflichten erfüllt. Das ist falsch und respektlos gegenüber unseren Polizistinnen und Polizisten.

Die SVP/EDU-Fraktion lehnt dieses Postulat entschieden ab. Wir stellen uns klar gegen die linke Misstrauenskultur, die unsere Polizei schwächen und ideologisch bevormunden will. Wir stehen hinter unserer Polizei – für Sicherheit, Ordnung und Vertrauen. Die SVP/EDU-Fraktion sagt klar Nein zu diesem Postulat. Vielen Dank.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Ich beginne mit der Offenlegung meiner Interessenbindung: Als Ressortvorsteher Sicherheit, Gesundheit und Sport bin ich im Stadtrat Adliswil für die Polizei zuständig.

Die Postulantinnen wollen das Vertrauen in die Polizei stärken, ein nobles Anliegen. Aber besteht denn in der Bevölkerung ein breites Misstrauen gegenüber der Kantonspolizei, gibt es kritische Vorfälle? Nein, das Postulat wird mit Vorfällen bei der Stadtpolizei Lausanne begründet. Dabei werden zwei Ereignisse verknüpft, zum einen das Öffentlich-Werden von skandalösen, rassistischen Chats unter Lausanner Stadtpolizisten, zum anderen der tragische Tod eines Jugendlichen, wobei dieser tragische Tod des Jugendlichen ziemlich schamlos instrumentalisiert wurde, um das Bild einer rassistischen Polizei zu verstärken. Dabei ging dann ziemlich unter, dass, erstens, der 17-Jährige mitten in der Nacht auf einem gestohlenen Motorrad unterwegs war und, zweitens, offenbar einen Helm trug. Ein Helm macht es bekanntlich ziemlich schwierig, zu erkennen, welche Hautfarbe jemand hat, erst recht in der Nacht.

Sie wollen das Vertrauen in die Polizei stärken. Sie machen aber genau das Gegenteil, indem Sie mit Verweis auf Zustände in der Westschweiz Misstrauen säen. Wie kommen Sie überhaupt dazu, von der Stadtpolizei Lausanne auf die Kantonspolizei Zürich zu schliessen? Sie nehmen mit Ihren Unterstellungen und Vorwürfen einen ganzen Berufsstand in Sippenhaft. Wahrscheinlich merken Sie es gar nicht, aber Sie machen hier genau das, was Sie der Polizei vorwerfen. Sie schliessen aufgrund von Vorfällen anderswo, in Lausanne, dass es hier in Zürich genau gleich sein muss. Das ist auch eine Form von Diskriminierung. Letzte Woche gab der grüne Stadtzürcher Gemeinderat Luca Maggi im Tages-Anzeiger ein Interview, in welchem er aufzeigte, weshalb er die Stellenaufstockungsanträge seiner Parteikollegin, Stadträtin Karin Rykart, ablehne. Die darin gezeigte Dämonisierung der Polizei ist absolut schockierend (*Unruhe im Saal*). Ihr Postulat passt gut ins Bild. Es kann nur als weiterer Schritt einer «Defund the police»-Logik von SP, Grünen und AL verstanden werden.

Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme aufgezeigt, was heute im Rahmen der Polizeiausbildung und der Polizeiarbeit alles gemacht wird, damit Fälle wie in Lausanne möglichst nicht vorkommen. Das kann ich aus eigener Erfahrung als Sicherheitsvorstand einer Stadt mit 41 Prozent Ausländeranteil – übrigens höher als in der Stadt Zürich – auch bestätigen. Und hier kann ich sagen: Misstrauen in die Polizei – Fehlannonce. Wenn schon, hat man Misstrauen gegenüber mir als Politiker, aber nicht gegenüber der Polizei. Die Grundannahme für Ihr Postulat ist deshalb völlig realitätsfern. Es fehlt auch nicht an Kontrollmechanismen parlamentarischer Obergewalt. Gehen Sie doch einmal in eine Polizeischule, reden

Sie mit Polizisten und Polizistinnen, insbesondere mit Angehörigen der Kantonspolizei, und nicht nur über sie.

Die Gewährleistung von Sicherheit ist Staatsaufgabe Nummer 1. Die Fähigkeit, Leib und Leben sowie das Privateigentum weitestgehend zu schützen, ist Ausdruck eines modernen, aufgeklärten Staates und Grundlage für unseren Wohlstand. Vor diesem Hintergrund ist es einfach unverständlich, wie Sie mit der Polizei umgehen, wie Sie mit den Polizisten umgehen, wie Sie hier in der Stadt Zürich beispielsweise Mittel vorenthalten und wie Sie hier im Kantonsrat Misstrauen gegenüber der Kantonspolizei säen. Mit Ihrer Dämonisierung der Polizei untergraben Sie den Rechtsstaat und Sie bereiten den Boden für eine Gesellschaft, in der das Recht der Stärkeren gilt.

Die FDP hat Vertrauen in die Kantonspolizei Zürich und sie anerkennt alle Bemühungen in Richtung einer qualitativ hochstehenden, fairen und diskriminierungsfreien Polizeiarbeit, genauso wie es die Polizeiangehörigen im Rahmen ihrer Vereidigung auch geloben. Der Regierungsrat hat es sehr schön gesagt, für weitergehende Massnahmen besteht kein Bedarf. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Andrea Gisler (GLP, Gossau): Das Postulat ist eine Reaktion auf Missstände bei der Lausanner Stadtpolizei. Aus Missständen in einem kommunalen Korps Handlungsbedarf bei der Zürcher Kantonspolizei abzuleiten, das ist falsch, da teile ich die Meinung meines Vorredners Mario Senn. Das Postulat war schon bei der Einreichung überholt. Den Postulantinnen scheint entgangen zu sein, was sich bei der Kantonspolizei in den letzten Jahren alles getan hat. Themen wie Grundrechte, Antidiskriminierung, Racial-Profilings-Prävention, Ethik, interkulturelle Kompetenzen und Deeskalation sind längst fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung. Die Zürcher Kantonspolizei hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Die Anforderungen für die Aufnahme in die Polizeischule sind gestiegen, das Korps ist deutlich durchmischer, der Frauenanteil steigt stetig. Auch hat es immer mehr Polizistinnen und Polizisten mit Doppelbürgerschaft und mit sichtbarem Migrationshintergrund. Es liegt auf der Hand, dass dies die Korps-Kultur prägt und sich positiv auswirkt.

Auch die Kontrollmechanismen funktionieren, Fehlverhalten wird geahndet bis hin zur Entlassung. Zudem – auch das wurde gesagt – steht sowohl den Korps-Angehörigen als auch der Bevölkerung die kantonale Ombudsstelle zur Verfügung, und es besteht eine von Kanton und Stadt Zürich betriebene Anlaufstelle Rassismus. Da kann sich jede Person, die von polizeilichen Verfehlungen betroffen ist, beraten lassen. Es besteht kein Bedarf nach weiteren Melde- und Beschwerdestellen.

Und wenn wir schon über Diskriminierung bei der Polizei reden, wäre es auch einmal an der Zeit, über Polizistinnen zu reden, über Polizistinnen, die mit einer männlichen Klientel konfrontiert sind, die sich weigert, einer Polizistin die Hand zu geben und von ihr einvernommen zu werden. Offenbar machen sich die Postulantinnen Sorgen um das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei. Diese Sorge ist unbegründet. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei ist in der Schweiz

nach wie vor hoch. Wir sollten alles daransetzen, dass das so bleibt, aber bestimmt nicht mit einem Postulat, das an der Realität der Zürcher Kantonspolizei vorbeizieht und keinen Mehrwert schafft.

Sabine Arnold (Grüne, Zürich): Dieses Postulat entstand im August vor dem Hintergrund dieses tragischen Vorfalls. Ein erst 17-Jähriger kam im Rahmen einer Polizeikontrolle ums Leben. Er ist der fünfte Mensch afrikanischer Herkunft, der im Kanton Waadt seit 2016 während oder nach einem Polizeieinsatz starb. Zeitgleich, wir haben es gehört, wurde diese Chatgruppe publik, in der um die 50 Mitglieder der Lausanner Polizei – ich sage es gerne noch einmal – rassistische, sexistische und homophobe Inhalte teilten. Wir wollen mit dem Postulat vor allem die Schaffung einer unabhängigen Melde- und Beschwerdestelle für rassistische Vorfälle in der Polizeiarbeit anregen, an die sich die Betroffenen dann auch tatsächlich wenden. Die Dunkelziffer ist nämlich hoch. Opfer trauen sich kaum, gegen Rassismus und Übergriffe bei der Polizei vorzugehen, sagt die Rassismus-Expertin Nora Riss. Sie leitet das Beratungsnetz für Rassismusopfer. Im vergangenen Jahr wurden schweizweit offiziell 116 rassistische Diskriminierungen durch Ordnungskräfte gemeldet, 76 durch Polizeibeamtinnen, rund 60 Fälle betrafen das sogenannte Racial Profiling. Diese Zahlen stammen aus dem aktuellen Bericht zur rassistischen Diskriminierung in der Schweiz, der von der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus und von Human Rights Watch (*Menschenrechtsorganisation*) herausgegeben wird.

Im Kanton Zürich können sich Rassismusbetroffene, meine Vorrednerinnen haben es gesagt, an den Ombudsmann und an die von Stadt und Kanton betriebene Zürcher Anlaufstelle Rassismus, ZüRAS, wenden. Die Rechtsabteilung der Kapo prüft zudem bei Verstössen gegen die Dienstvorschriften und Beschwerden die Anhebung eines internen Administrativverfahrens und erstattet gegebenenfalls Anzeige an die Justizbehörden. Das passiert aber äusserst selten bis nie. Deshalb regen wir mit unserem Postulat an, dass für die Entgegennahme, Überprüfung und Verfolgung von rassistischen Handlungen innerhalb der Polizei – und da wären auch rassistische oder sexistische Handlungen gegenüber einer Polizistin möglich, Andrea Gisler –, dass man die melden könnte, dass eine neutralere, ausserkantonale Stelle sinnvoll ist beziehungsweise sich eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Kantonen anbietet. Denn laut Aussagen von Nora Riss sorgt der Korpsgeist verlässlich und regelmässig für Freisprüche, falls es denn überhaupt zu Ermittlungen und Verhandlungen kommt.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort auf unser Postulat, dass die Kantonspolizei in Aus- und Weiterbildung schon einiges unternimmt, um die Polizistinnen und Polizisten dahingehend zu schulen, dass Rassismus bei der Kantonspolizei keinen Platz hat; das begrüssen wir sehr. Rassismus hat bei der Kantonspolizei keinen Platz, das ist auf den ersten Blick eine positive Aussage. Auf den zweiten Blick ist es auch ein Satz, der aus «Happyland» stammt. «Happyland» ist ein Begriff von Tupoka Ogette, einer deutschen Antirassismus-Trainerin, die das bekannte Buch «Exit Racism» geschrieben hat. In «Happyland» befinden wir

weissen Menschen uns, bevor wir uns bewusst mit Rassismus auseinandergesetzt haben. In «Happyland» leben überzeugte Nicht-Rassistinnen, die sich einig sind: Rassistisch ist, wer schlecht ist. In der Auseinandersetzung mit Rassismus geht es aber vielmehr darum, zu begreifen, dass er ein soziales Konstrukt ist, das in alle Strukturen und Bereiche unserer Gesellschaft verwoben ist. Wir wurden rassistisch sozialisiert. Dies bedeutet jedoch nicht gleich, Rassistin zu sein.

Wir regen in unserem Postulat an, ein unabhängiges Monitoring zu Diskriminierungsfragen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Damit könnte sich die Kantonspolizei Zürich einen noch besseren Namen machen und noch mehr Vertrauen gewinnen, vielleicht nicht nur bei Menschen, denen sie gerade geholfen hat, wie den Geschädigten von Einbruchdiebstählen oder Beteiligten von Verkehrsunfällen – diese befragt die Kapo jeweils nach ihren Zufriedenheitswerten –, sondern auch bei Menschen mit einer sichtbar anderen Ethnie, Religion oder Herkunft. Das Parlament der Stadt Zürich hat übrigens kurz bevor wir unser... *(Der Ratspräsident unterbricht die Votantin.)*

Ratspräsident Beat Habegger: Frau Kollegin, Ihre Redezeit...

Sabine Arnold fährt fort: Ich komme zum Schluss. Im Stadtparlament wurde ein Postulat der SP verabschiedet... *(Der Ratspräsident unterbricht die Votantin ein weiteres Mal.)*

Ratspräsident Beat Habegger: Frau Kollegin, Sagen Sie, was Sie machen wollen mit diesem Postulat, und dann gehen wir zur nächsten Sprecherin.

Sabine Arnold fährt fort: Wir wollen dieses Postulat natürlich überweisen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Zuerst meine Interessensbindung: Ich bin Präsident des Personalverbands der Kantonspolizei und darf die Interessen unserer 2317 Korps-Angehörigen vertreten.

«Kantonspolizei: Vertrauen in die Polizei stärken!» lautet der Titel dieses Postulats. Gefordert werden mehr Weiterbildung, mehr Monitoring, mehr Untersuchungsstrukturen, mehr Fehlerkultur, mehr Gremien, mehr Meldeplattformen und mehr Aufsicht. Kurz, man fordert mehr Kontrolle der Polizei und kaschiert das dann mit dem Etikett «Vertrauen stärken». Für uns als EVP ist dieses Postulat eine Mogelpackung, denn wer Vertrauen schaffen will, beginnt nicht damit, die eigene Polizei wie ein Sicherheitsrisiko zu behandeln. Es werden Fälle der Kommunalpolizei Lausanne zitiert, und dann wird ohne zu zögern von einem Symptom eines Systems gesprochen. Lausanne wird zum Steigbügelhalter für eine Generalverdächtigung von allen Polizistinnen und Polizisten in der ganzen Schweiz. Eine solche Pauschalverurteilung ist unfair und das wissen die drei Postulantinnen auch. Es folgt dann der Hinweis auf EGMR-Urteile (*Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte*), internationale NGO-Kataloge (*Nichtregierungsorganisationen*), Fahndungsregister des Bundes. Alles schön und gut, aber was hat das dann

konkret mit unserer Kantonspolizei zu tun? Wo ist hier bei uns, unserer Polizei, ein strukturelles Problem? Dass eine Lawine von Forderungen all dies rechtfertigen würde, das wurde bis jetzt nicht aufgezeigt, das Postulat nennt keine einzige Forderung. Stattdessen sollen neue unabhängige Beschwerdeinstanzen geschaffen werden, noch ein Gremium, noch eine Kontrolle, noch ein Mechanismus, der unserer Polizei signalisieren soll: Wir trauen euch nicht über den Weg. Wie soll man junge Menschen für den Polizeiberuf begeistern, wenn man ihnen von Anfang an vermittelt, «ihr seid ein potenzielles Risiko, deshalb braucht es Überwachung»??

Die Realität ist: Polizistinnen und Polizisten arbeiten jeden Tag unter massivem Druck, treffen innerhalb von Sekunden Entscheidungen, die Juristen später über Wochen und Monate sezieren und auseinandernehmen. Unsere Polizistinnen und Polizisten tragen Verantwortung, Risiken und ja, sie machen auch Fehler, deshalb braucht es eine Fehlerkultur. Das ist wichtig, aber Misstrauenskultur nützt niemandem. Einige denken oder scheinen zu glauben, dass man Probleme löst, indem man der Polizei Formulare gibt, Prozesse beschreiben lässt und Excel-Tabellen ausfüllt. Nur, Vertrauen entsteht durch Dialog, durch Partnerschaft, durch Nähe und durch Anerkennung, dass die Polizei unser Garant ist, der Garant für die Freiheitsrechte. Unwissenheit zur Polizeiarbeit kann man den drei Postulantinnen nicht vorwerfen. Sie sind ja alle Mitglied der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit und sie haben einen tiefen Einblick in die Arbeit der Kantonspolizei. Umso unverständlicher ist für mich die Tonalität dieses Postulats, das unter dem Strich sagt, die Polizei sei ein Problem. Heute Morgen haben wir schöne Fraktionserklärungen gehört: 16 Tage gegen Gewalt gegen Frauen, dazu braucht es die Polizei. Aber was sollen sie dann die übrigen 349 Tage machen? Formulare ausfüllen und Berichte schreiben? Wir wollen eine Polizei, die jeden Tag und auch jede Nacht wirksam gegen Verbrechen ist und gegen Gewalt vorgeht.

Als EVP sagen wir klar: Wer Vertrauen will, muss aufhören, der Polizei ständig neue Knebel anzulegen. Wer Qualität will, muss Polizistinnen und Polizisten stärken und ihnen nicht ständig den Boden unter den Füßen wegziehen. Und wer Verantwortung ernst nimmt, hört auf, Einzelfälle zu instrumentalisieren und eine ganze Berufsgruppe unter Generalverdacht zu stellen. Als EVP sind wir jederzeit dafür zu haben, was unsere Polizei besser und wirksamer macht, denn wir sind gerne bereit, mehr Personal anzustellen und mehr Mittel zur Verfügung zu stellen; ich glaube, da waren diese drei Parteien eben gerade nicht dabei. Aber hüten wir uns davor, die Polizei zum Spielball unserer politischen Agenda zu machen und sie für ideologische Experimente zu missbrauchen.

Als EVP wollen wir weiterhin eine Polizei, die wirksam und zuverlässig ist. Sie hat unser Vertrauen und deshalb werden wir dieses Postulat ablehnen.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Ich hatte es erwartet, und wir haben es von verschiedenen Seiten gehört, Zürich sei nicht Lausanne. Nein, Zürich ist nicht Lausanne, aber ich habe ein wenig recherchiert. Und was denken Sie, was die Lausanner Regierung bis vor Kurzem bei jedem Postulat und bei jeder parlamentarischen

Anfrage in Bezug auf Rassismus auch bei der Polizei gesagt hat? Ganz genau, «wir haben kein Problem, alles Einzelfälle, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht», und gleichzeitig liefen dort rassistische, sexistische, homophobe «ZChat»-Gruppen mit über 1000 Nachrichten. Und nun sagt uns auch der Zürcher Regierungsrat, bei uns sei alles bestens, das Vertrauen sei gegeben, die Stimmung gut, die Umfragen top. Das überrascht mich nicht sonderlich, es wurden ja auch bestimmte Bevölkerungsgruppen befragt, beispielsweise solche, die in einen Verkehrsunfall verwickelt waren. Aber fragen Sie doch nächstes Mal jene, die nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehören. Fragen Sie jene jungen Männer, die ständig kontrolliert werden, einfach weil sie so aussehen, wie sie aussehen. Das ist keine linke Fantasie. Das war letzts am 10. November sogar ausführlich in einem NZZ-Artikel zu lesen, wo beschrieben wird, wie am Zürcher Hauptbahnhof – nicht in Lausanne, in Zürich – junge Männer einzig aufgrund ihrer Ethnie vom Kantonspolizisten kontrolliert werden. Nicht dass der Journalist oder der Polizist im Artikel darin irgendein Problem gesehen hätten. Wem es egal ist, was diese Menschen denken, ob auch diese Menschen Vertrauen in die Polizei haben, der zeigt, dass er nicht versteht, um was es geht. Es geht nur um die Statistiken, die Mehrheit hat Vertrauen, alles in Ordnung. Dabei könnten wir am selben Strick ziehen.

Der Regierungsrat zählt einige Massnahmen auf: 24 Prozent Frauen im Polizeikorps, 14 Prozent Doppelbürgerinnen und Doppelbürger, ein paar Kurse zu Antidiskriminierung, Community Policing und interkultureller Kompetenz. Das ist alles gut, wirklich, das sind gute Tendenzen, und ich will sie nicht kleinreden, aber es ist auch ein bisschen, als würde man sagen, «wir haben ein paar Erste-Hilfe-Kurse gemacht, also brauchen wir keine Feuerwehr». Rassismus ist nicht einfach nur individuelles Fehlverhalten, Rassismus ist strukturell tief verankert in der Gesellschaft und auch in der Polizei. Das ist nicht böse gemeint und es ist auch keine Schuldzuweisung, es ist einfach eine Tatsache. Und die Tatsache verschwindet nicht, weil man sie wegdeklariert.

Besonders bemerkenswert finde ich, wie leichtfertig der Regierungsrat sämtliche strukturellen Anliegen abräumt. Unabhängige Beschwerdestellen, ein Monitoring, mehr Transparenz, das muss man gar nicht prüfen, alles nicht nötig. Dabei sind die Schweiz und auch Zürich vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mehrfach gerügt worden. Und kürzlich musste das Fedpol, wir haben es gehört, die Hautfarbe aus dem RIPOL streichen, weil sie völlig untauglich war und zur Diskriminierung beitrug. Und gleichzeitig führen Zürcher Kantonspolizisten, ich wiederhole es, vor einem Journalisten offen Racial-Profiling durch, ohne mit der Wimper zu zucken. Das ist kein Zeichen von «wir haben alles im Griff», das ist ein Zeichen von «wir haben überhaupt nicht verstanden, dass es ein Problem gibt». Und während unser Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*) sonst sehr gerne präventiv handelt und präventiv hinschauen möchte – so sehr, dass er demnächst sogar Grundrechte beschneiden möchte, wir werden es dann bei der Beratung zum Polizeigesetz (*Vorlage 5977*) hören –, in den eigenen Reihen möchte er das nicht machen. Hier gilt es aber genauso hinzuschauen und

das wäre ein Zeichen von Mut und Willen zur Transparenz. Unser Postulat verlangt nichts Radikales, wir verlangen nicht einmal, etwas einzuführen. Wir verlangen, dass geprüft wird, wie wir das Diskriminierungsrisiko reduzieren können, ob unabhängige Meldestellen sinnvoll sind, wie Weiterbildung modernisiert werden könnte, wie Fehlerkultur gefördert werden könnte, alles Punkte, die ausführlich begründet sind. Aber der Regierungstag möchte nicht einmal prüfen, nicht einmal hinschauen.

Nochmals, es geht nicht darum, die Polizei schlechtzureden, es geht darum, sie besser zu machen, und zwar für alle, nicht nur für jene, die von ihr nichts zu befürchten haben. Darum bitte ich Sie, stärken wir das Vertrauen dort, wo es fehlt, nicht dort, wo es bequem ist. Besten Dank.

René Isler (SVP, Winterthur): Zu meiner Interessenbindung, wenn ich das überhaupt noch sagen muss – ich weiss gar nicht, wie das ist, wenn man nicht mehr dabei ist –, aber ich war Polizist, ich war Polizeischulleiter, ich war Fachlehrer und vor allem Mitglied des Polizeibeamtenverbandes der Stadt Winterthur, wo ich immer noch engagiert bin.

Dieses Misstrauenspostulat ist eben kein Misstrauenspostulat, das ist reines Polizei-Bashing, wie ich es in den letzten 22 Jahren noch nie erlebt habe. Hier geht es ja gar nicht um die Sache. Ich weiss, meine Damen und Herren von der linken Seite, Sie sind ja mit unserem Sicherheitsdirektor nicht unbedingt die besten Freunde, aber dann sagen Sie es ihm persönlich und lassen Sie diese Polizistinnen und Polizisten aussen vor. Die können nichts dafür, dass Sie ihn nicht mehr so gerne haben, einfach, weil er sehr gut ist. Diesen brutalen Angriff auf alle Polizistinnen und Polizisten der Kantonspolizei Zürich erachte ich auch ganz persönlich als Angriff auf alle Polizistinnen und Polizisten im Kanton Zürich. Es mag Ihnen entgangen sein, dass wir mittlerweile seit bald zehn Jahren die Zürcher Polizeischule unter einem Dach haben und das Ausbildungsniveau schweizweit seinesgleichen sucht. Und wenn Sie auch in Ihren Kommunen, auch in der Stadt Zürich oder in der Stadt Winterthur, bei den Ombudsstellen nachfragen, wie viele solche Vorfälle, die Sie da suggerieren wollen, in den letzten zwei, drei Jahren entgegen genommen wurden, dann werden Sie feststellen, dass eben diese schweizweite Umfrage nach wie vor Gültigkeit hat.

Der angesehenste Beruf ist nicht derjenige der Polizei, und das grösste Vertrauen hat man, nein, nicht in die Polizei, sondern in die Feuerwehr, aber die Polizei kommt bereits an dritter Stelle. Und wenn man dann die Medienschaffenden anschaut, die sind etwa Viertletzte, und die Politik ist Zweitletzte; also ich glaube, dort haben wir ein Problem. Wir müssen ein Postulat gegen uns selber machen (*Heiterkeit*), wie wir unser Image besser pflegen können, denn wir sind Zweitletzte, und das gibt mir zu denken nach bald 23 Jahren. Nein, seien Sie doch sachlich, und gehen Sie zuerst einmal konkreten Hinweisen nach. Und wenn man einen konkreten Nachweis hat, dann soll man das direkt mit der Sicherheitsdirektion und den zuständigen Personen und Institutionen abklären, so läuft es doch.

Es ist im Kanton Zürich doch nicht anders als in den beiden Städten Zürich und Winterthur, wo wir mit der Ombudsstelle, aber auch mit allen Fachstellen, mit dem Sozialamt, mit den Fürsorgebehörden, mit der KESB (*Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde*) zusammenarbeiten. Wir spielen alle in derselben Liga und setzen uns einmal im Monat zusammen. Und wenn da irgendetwas unter dem Tisch hervorkommen würde oder auch hervorgekommen ist, dann geht man – das ist selbstverständlich – dieser Sache nach. Und wenn es einen Übergriff gibt, der nicht mehr tolerierbar ist, dann gibt es eine fristlose Kündigung. Das ist definitiv so. Da stehen wir auch als Verband hin und sagen, «du hast deine Würde als Polizistin oder Polizist verwirkt». Aber was Sie da machen, ist reines Polizeibashing im 21. Jahrhundert, und gegen das verwahre ich mich. Und deshalb bitte ich alle vernünftigen Kräfte in diesem Saal: Lehnen Sie dieses Misstrauenspostulat ab.

Andreas Keiser (SVP, Glattfelden): Dieses tendenziöse Postulat ist entschieden abzulehnen. Weder hat die Kantonspolizei ein latentes oder gar strukturelles Diskriminierungsproblem, noch besteht irgendeine Notwendigkeit für eine unabhängige Überwachung der Polizei in Diskriminierungsfragen. Daran ändern auch die Geschehnisse in Lausanne nichts. Wenn ein Fehlverhalten im Einzelfall vorkommt, wird das bereits jetzt verfolgt. Für weitergehende Massnahmen besteht kein Bedarf, im Gegenteil: Die Polizei verdient unsere Anerkennung und unseren Respekt, kein generelles Misstrauen. Anstatt die Polizei immer wieder unter Generalverdacht zu stellen, sollte vielmehr der mangelnde Respekt gegenüber der Polizei adressiert und wiederhergestellt werden. Es gehört nämlich allzu oft zum Alltag eines Polizisten, angepöbelt, beleidigt, beschimpft oder gar angegriffen zu werden. Was unsere Polizei also wirklich braucht, ist eine uneingeschränkte politische Rückendeckung für eine robuste Nulltoleranzstrategie gegenüber Gewalttätern.

Die SVP steht in jedem Fall fest an der Seite unserer Polizei, die mit ausserordentlichem Engagement und bewundernswertem Idealismus alles zum Schutz unserer Bürger tut, und dafür danken wir allen Polizisten und dem Sicherheitsdirektor.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Ja, diese Debatte ist – wie so häufig bei Debatten in diesem Rat zu Polizeithemen – sehr enttäuschend. Ich finde es auch spannend, wie die rechte Ratsseite, der es offenbar sehr, sehr wichtig ist, dass kein Generalverdacht gegen die Polizei besteht, dann pauschal allen Personen – und nicht nur in dieser Debatte, einfach generell denjenigen, die sagen, okay, vielleicht gibt es Handlungsfelder bei der Polizei, vielleicht gibt es Bereiche, wo wir hinschauen möchten, wo es Verbesserungsbedarf gibt – unterstellt, wir seien Polizeihasserinnen und Polizeihasser, das sei irgendwie ein Misstrauensvorstoss oder man verunmögliche damit irgendwie den grundsätzlichen Polizeiauftrag. Diese Vorwürfe sind, ehrlich gesagt, lächerlich. Wir haben es hier mehrmals gesagt:

Rassismus ist nicht primär ein Polizeiproblem, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das heisst aber auch, dass die Polizei davon eben nicht ausgenommen ist und auch nicht ausserhalb der Verantwortung steht, eben zu schauen, dass man Rassismus entgegenwirkt, dass sich die Polizei auch weiterbilden kann und dass es da auch noch Bedarf gibt, genauer hinzuschauen.

Lisa Letnansky hat es vorhin erwähnt, es gibt auch im Kanton Zürich durchaus Vorfälle, wenn es sogar in einem NZZ-Artikel dokumentiert wird, wo gerade bei Personenkontrollen eine Person aufgrund des äusseren Erscheinungsbildes kontrolliert wird. Und wenn man dann fragt: «Wieso werde ich kontrolliert?», dann sollte die Antwort nicht sein: «Das weisst du doch selbst, und es gibt immer wieder Probleme mit Afghanen.» Diese Begründung, die so zitiert wurde, die ist klar Racial-Profiling. Und das heisst nicht, dass es per se immer der Fall ist, aber es geht gerade eben auch um diese diskriminierenden Identitätskontrollen, weswegen die Schweiz auch verurteilt wurde.

Es geht auch um den Zugang zu wirksamen Beschwerdemechanismen. Ich weiss nicht, ob Sie sich schon einmal damit auseinandergesetzt haben, wie schwierig es ist, sich zu wehren, wenn man dann tatsächlich mal Unrecht erfahren hat oder wenn man sich bei einer Polizeikontrolle ungerecht behandelt gefühlt hat. Das ist nicht sehr einfach. Auch beim Fall «Wa Baile» (*Mohamed Wa Baile, der 2015 am Zürcher Hauptbahnhof von der Polizei zur Identitätskontrolle angehalten wurde*), wo es ja dann später zu einer Verurteilung geführt hat, wurde mehrfach versucht, das Verfahren einzustellen und gar nicht erst zu untersuchen. Also machen Sie einen Schritt zurück, hören Sie auf, diese reflexartige Abwehrhaltung zu haben bei diesen Polizeithemen.

Wir anerkennen durchaus auch die wichtige Arbeit, die die Polizei leistet, und ich möchte zum Beispiel auch den Sicherheitsdirektor und die rechte Seite darauf hinweisen, dass auch die linke Ratsseite in den letzten Jahren alle vorgeschlagenen Stellenerhöhungen mitgetragen hat. Die Polizei arbeitet gerade im Bereich der Gewaltprävention aner kennenswert. Es geht aber eben gerade auch um diese Identitätskontrollen und darum, Verantwortung zu übernehmen, transparent zu arbeiten, eine Aufsicht zu haben, und das führt nicht zur Handlungs unfähigkeit. Das traue ich der Polizei nämlich durchaus zu, dass sie – auch wenn man einen Bericht macht und intern aufarbeitet – schaut, wo wir Handlungsfelder haben, wie wir noch besser werden können, dass sie in dieser Zeit weiterhin den polizeilichen Grundauftrag leisten kann.

Ich bitte Sie also, unterstützen Sie diesen Vorstoss. Besten Dank.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Meine Interessenbindung: Ich bin Mitglied der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) und Referent der Sicherheitsdirektion.

Stellen wir uns eine einfache Szene vor, ich frage meine neunjährige Tochter: Wenn deine Lehrerin deinen Papi suchen muss, wie würdest du mich beschreiben? Sie würde mich sehr wahrscheinlich wie folgt beschreiben: Mann, – aus ihrer Perspektive – sehr gross, asiatisch, Schlitzaugen, helle und gelbe Haut, kurze,

schwarze Haare, trägt Brille, oft im Anzug. Und wenn sie mich nun auch noch malen muss – und das hat sie schon sehr oft gemacht, da kann ich auch noch die Bilder zeigen –, bin ich auf diesen Bildern gelb oder braun, wo ihre Mutter rosa dargestellt wird. Und jetzt: Ist sie eine Rassistin? Sicher nicht. Kinder sehen Dinge unverstellt und sie beschreiben, was sie eben sehen, ohne Hintergedanken, einfach ehrlich und objektiv. Und das ist nicht Racial-Profiling. Was diese Geschichte zeigt: Wenn man jemanden identifizieren muss, dann braucht man klare Merkmale. Das ist kein Werturteil, sondern eine sachliche Beschreibung. Ohne diese Objektivität wäre jede Suche eine reine Glückssache. Und seien wir ehrlich: Würde meine Tochter mich nur mit «Mann, alt und hat Kleider» beschreiben, dann denke ich, würde ihre Lehrerin sich fragen, ob sie tatsächlich ein Problem hat.

Unsere Polizei sorgt dafür, dass wir sicher leben können, und das tut sie verdammt gut. Damit sie das auch weiterhin tun kann, braucht sie eben Instrumente, die funktionieren, Werkzeuge, die präzise sind, Regeln, die klar sind; ganz klar braucht es Regeln. Und sie braucht auch den politischen Rückhalt, um ihre Arbeit zu machen. Sicherheit entsteht nicht durch Wunschdenken und Ideologie, sondern durch klare Rahmenbedingungen und professionelle Arbeit. Dazu gehören Beschreibungen von äusseren Merkmalen gesuchter Menschen. Und noch eine letzte Bemerkung: Auch Bundesrat Beat Jans musste das einsehen und wurde gescheitert. Im nationalen Fahndungsregister RIPOl kann man heute wieder Hautfarben als Merkmal eingeben.

Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal: Ich verweise nochmals auf die Studie «Sicherheit 2025», welche der Kantonspolizei und den Polizeien ein herausragendes Zeugnis ausstellt. Auch die Zufriedenheitswerte von Betroffenen, die ich vorher angesprochen habe, betragen bei Einbruchdiebstählen, Gewaltdelikten oder Verkehrsunfällen regelmässig zwischen 86 und 98 Prozent. Das ist ein eindeutiger Beleg. Die Bevölkerung vertraut der Polizei und ist mit ihrer Arbeit sehr zufrieden. Ich halte deshalb daran fest: Das Postulat der SP, AL und Grünen suggeriert, wie auch die Ausführungen heute im Rat, die Polizei halte sich nicht an Grundrechte, diskriminiere oder betreibe systematisch Racial Profiling. Das ist eine Unterstellung und schlicht falsch.

Die Kantonspolizei Zürich kommt seit vielen Jahren ihren Aufgaben nach. Sie weist einen Frauenanteil von 24 Prozent und einen Anteil von Doppelbürgerinnen und -bürgern von 14 Prozent auf, ein klares Zeichen für Durchmischung und Vielfalt. Sie lebt eine offene Führungskultur, die Meldungen und Ahndungen von Verfehlungen ermöglicht. Sie schult ihre Mitarbeitenden konsequent im Umgang mit Minderheiten bereits in der Grundausbildung und fortlaufend im Berufsalltag. Rassismus hat bei der Kantonspolizei Zürich keinen Platz. Das ist nicht nur Leitbild, sondern gelebte Praxis. Auch die Ausbildung ist umfassend. Fächer wie Community Policing, Ethik, Menschenrechte, Polizeirecht und Polizeipsychologie verankern Grundrechte und Gleichbehandlung tief im Lebenslauf. Im zweiten

Ausbildungsjahr am Flughafen wird der Umgang mit einer interkulturellen, gemischten Klientel gezielt trainiert. Mit Kursen wie «Aspekt» wird verhindert, dass vorschnelle, vorurteilsbelastende Personenkontrollen stattfinden.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diese Vorlage konsequent und klar abzulehnen.

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich habe das Gefühl, Sie haben mir nicht wirklich zugehört. Sie sprechen von Dämonisierung, Sie, Sie alle, Sie sprechen von Misstrauen. Ich habe von Vertrauen gesprochen, ich habe nicht von Misstrauen gesprochen. Ich habe auch gesagt, dass ich als Präsidentin der FIZ, der Fachstelle Menschenhandel, ein unglaublich gutes Zusammenarbeitsverhältnis mit der Polizei habe, dass die Zusammenarbeit eng ist, dass die Zusammenarbeit vertrauensvoll ist, dass sie konstruktiv ist. Ich habe auch gesagt, dass die Polizei im ganzen Zusammenhang mit der Arbeit gegen Gewalt an Frauen unglaublich wichtige Arbeit leistet. Das habe ich gesagt. Ich habe das Gefühl, Sie haben mir nicht zugehört. Was ich aber auch gesagt habe, ist, dass Vertrauen kein Selbstläufer ist, dass Vertrauen dort entsteht, wo Institutionen zeigen, dass sie bereit sind, hinzuschauen. Und es geht darum, zu verhindern, dass sich in geschlossenen Strukturen Haltungen einschleichen, die gefährlich sind für unseren Rechtsstaat. Darum geht es mir, und ich glaube, Sie haben mir wirklich nicht zugehört, denn ich habe auch gesagt, dass es kein Angriff auf einzelne Polizistinnen ist und dass es ein Hinweis darauf ist, dass wir den Rechtsstaat verteidigen müssen und dass wir Hausaufgaben zu machen haben. Und ich sage es nochmals und ich sage es deutlich: Es geht nicht darum, Misstrauen zu schüren. Ich sage es, weil es mir darum geht, dass Vertrauen dort entsteht, wo wir bereit sind, hinzuschauen.

Und ja, diese Zahlen, die stimmen, das habe ich auch gesagt. Ich habe auch gesagt, dass sie wichtig sind, aber ich sage es noch einmal: Das ist nicht die ganze Geschichte. Und ich sage es auch noch einmal: Die zentrale Frage hier ist nicht, wie hoch das Vertrauen im Durchschnitt ist, sondern wessen Vertrauen wir messen und wessen Vertrauen wir nicht sehen. Ja, starke Institutionen erkennt man daran, dass sie Kontrolle nicht fürchten, sondern dass sie das als Teil ihrer Qualität verstehen. Nein, wir sind nicht Lausanne. Und ich persönlich möchte nicht Lausanne werden und ich gehe davon aus, dass Sie das auch nicht möchten. Deshalb ist es wichtig, dieses Vertrauen zu stärken. Denn Vertrauen ohne Kontrolle, das ist keine Stärke, Vertrauen ohne Kontrolle ist Hoffnung, und Hoffnung ersetzt keinen Rechtsstaat.

Regierungsrat Mario Fehr: Als ich diesen Vorstoss zum ersten Mal gesehen habe, habe ich ihn zunächst falsch gelesen. Ich habe gedacht, es gehe darum, das Vertrauen in die Postulantinnen herzustellen, denn von der Vertrauenshierarchie ist im Kanton Zürich hier oben irgendwo die Feuerwehr, gleich darunter die Kantonspolizei. Die Politik, es tut mir leid, ist irgendwo hier (*Heiterkeit*) und wird eigentlich nur noch unterboten, Sie verzeihen es mir, von den Medienschaffenden, das übrigens völlig zu Recht (*Heiterkeit*). Vertrauen – und da pflichte ich bei –, Vertrauen ist kein Selbstläufer, Vertrauen will erarbeitet werden. Die Polizei

macht das, sie hat in der Bevölkerung das Vertrauen durch ihre Arbeit aufgebaut, Tag für Tag, Nacht für Nacht im Einsatz, in der Präsenz, mit ihren Leistungen. Ich bin dankbar dafür, dass das Vertrauen hier höher ist als anderswo, und ja, Zürich ist nicht Lausanne, Zürich ist auch nicht Neukölln (*Bezirk in Berlin*). Lausanne – das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen – ist der Ausdruck eines politischen Totalversagens. Lausanne ist übrigens eine der linksten Städte der Schweiz. Es gibt dort hohe Kriminalität, hohe Sozialhilfequote, schlechte Integration, Ghettobildungen, genau gleich wie in Neukölln in Berlin und in vielen deutschen Grossstädten. Dass Sie nun diese Probleme, die Sie in diesen Städten selbst geschaffen haben, hierher transportieren wollen, das spottet jeder Beschreibung. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich lasse mir weder von Ihnen noch von Journalisten, noch von Medien, noch von irgendwelchen Rassismus-Experten hier eine Rassismus-Diskussion aufzwingen. Unsere Polizei darf nicht zum Sündenbock gemacht werden, weil anderswo politisches Rückgrat und ein Einstehen für die Polizei fehlen. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind keine Rassisten. Solche Personen, das kann ich Ihnen garantieren, haben oder hätten bei uns keinen Platz. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind Vorbilder. Die Kapo Zürich will Vorbild sein als Korps, von der Führung bis zur Basis, auf der politischen Ebene. Und es erstaunt nicht, dass diese Polizeikorps in Lausanne, in Basel und anderswo Probleme haben, neue, fähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, die Kantonspolizei Zürich aber nicht. Wir haben allein im letzten Jahr über 800 Bewerbungen gehabt, qualitativ gute Bewerbungen. Ich wehre mich gegen die systematische Besudelung und Beschmutzung des Polizeiberufes (*Unruhe im Saal*), ich muss es Ihnen so sagen. Unser Korps ist durchmischt. Seit ich hier Sicherheitsdirektor bin, hat der Frauenanteil von 15 auf 25 Prozent zugenommen, wir haben mehr Doppelbürgerinnen und Doppelbürger. Wir haben eine interne Meldestelle, die bei Verfehlungen scharf urteilt, das soll sie auch. Wir haben einen Ombudsmann, der die Dinge beim Namen nennt. Und die Begründung, die Sie hier angeführt haben mit dem Begriff der Hautfarbe, den es nicht mehr gibt, das hat Bundesrat Jans längststens korrigiert. Bundesrat Jans hat einmal mehr eine seiner Fehlentscheidungen korrigiert. Damit müssen Sie klarkommen und nicht ich. Wir machen alles, um Rassismus zu vermeiden, das kann ich Ihnen garantieren, aber wir haben auch Vertrauen. Das haben Sie nicht, ganz offensichtlich nicht. Sie und Ihre Helfershelferinnen und Helfershelfer im Zürcher Gemeinderat hintertreiben die Polizei zum Beispiel bei der Beschaffung eines Tasers (*Distanz-Elektroimpulsgeräte*). Sie können hier schon Erklärungen über häusliche Gewalt abgeben, aber waren Sie schon einmal bei einem Polizeieinsatz dabei, wenn zwei Frauen einen Gewalttäter stoppen müssen? Dann brauchen Sie einen Taser, den geben Sie der Stadtpolizei Zürich nicht. Also hören Sie auf, uns Sand in die Augen zu streuen. Sie misstrauen der Polizei, das dürfen Sie. Ich bin froh um den politischen Rückhalt hier in diesem Rat. Sie haben hier und heute Ihre Gesinnung entblösst.

Bitte lehnen Sie dieses Postulat ab.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Es erstaunt mich, Herr Regierungsrat Mario Fehr, wie persönlich angegriffen Sie sich durch ein ordentlich eingereichtes Postulat fühlen. Es erstaunt mich auch, dass Sie behaupten, hier sei ein Rassismusrassismusvorwurf gemacht worden. Das ist nicht der Fall. Sie haben Mandy Abou Shoak gehört, sie hat gesagt, es gehe darum, Vertrauen zu schaffen. Und wenn ein Postulat einen Prüfauftrag formuliert, Herr Mario Fehr, ist das noch lange kein Misstrauensvotum gegenüber der Polizei, es ist ein Auftrag. Wenn in einer anderen Stadt etwas passiert ist, das Menschen beunruhigt hat, dann ist es völlig legitim, wenn wir hier fragen: Könnte es sein, dass wir dieses Problem auch haben, und können Sie uns nicht einen Bericht geben, wo drinsteht, «aha, dieses Problem gibt es bei uns vielleicht ein bisschen» und so weiter? Das ist die Antwort auf einen ordentlichen Prüfauftrag. Und was Sie hier machen, ist, wie wenn wir Sie persönlich beleidigt hätten. Das ist aber überhaupt nicht so, im Gegenteil, wir möchten bloss wissen, wie es um unsere Polizei steht. Und wenn Sie im Bericht schreiben, «es steht gut um unsere Polizei, wir haben es geprüft», dann sind wir glücklich. Und wenn Sie im Bericht schreiben, «ah, es gibt vielleicht da und da noch einen kleineren oder einen grösseren Verbesserungsbedarf», dann sind wir auch zufrieden. Aber wir möchten gerne, dass Sie hinschauen, statt sich persönlich angegriffen zu fühlen.

René Isler (SVP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Das Postulat ist nicht von uns. Und wenn Sie etwas stärken wollen – da steht schwarz auf weiss «Vertrauen in die Polizei stärken» –, dann ist irgendwo kein Vertrauen mehr da, sonst müssten Sie es ja gar nicht stärken. Und man kann jedes Wort des Sicherheitsdirektors so unterschreiben, das ist schlicht und ergreifend einfach ein Bashing gegen die Polizei, und mehr ist da nicht zu sagen, schlicht und ergreifend. Das Postulat kommt ja von Ihnen, und ich habe in all diesen Jahrzehnten noch nie so ein Misstrauensvotum gegenüber unseren Polizeien, allen Polizeien im Kanton Zürich, gehört, das ist so. Aber man weiss jetzt dann auch im nächsten Frühling, am 8. März, wenn Wahlen (*Gemeindewahlen im Kanton Zürich*) sind, wer hinter der Polizei steht und wer sie am liebsten irgendwo entsorgen möchte.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 117 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 287/2025 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.